

Kraemer Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Nr. 101

Sonnabend, den 1. Mai 1920

48. Jahrgang

Cloyd George über die Verhandlungen in San Remo.

(W) Im englischen Unterhaus hat Lloyd George die mit Spannung erwartete Erklärung über die Verhandlungen in San Remo abgegeben. Er sagte u. a. folgendes: Bevor die Alliiertenkonferenz in San Remo zusammentrat, waren einzelne Mißverständnisse entstanden, die an sich ernst genug waren, aber durch mutwillige Hege sehr sperrlicher Personen doch noch viel ernster gemacht wurden. Es freut mich aber, erklären zu können, daß die Luft wieder klar ist, und soweit ich sehen kann, ist jeder über die Ergebnisse der Konferenz von San Remo befriedigt. Den Deutschen wurde mitgeteilt, daß von dem Augenblicke an, wo die Truppenzahl im Ruhrgebiet auf die in der Note der Alliierten vom 8. August 1919 aufgestandene Höhe zurückgebracht ist, die französischen Truppen Frankreich und die Stadt Paris verlassen werden. Die Konferenz hat jeden Verdacht beseitigt, daß der Friedensvertrag von Versailles nicht zur Anwendung gebracht wird. Wir haben zum ersten Male beschlossen, deutsche Minister zu einer Zusammenkunft mit alliierten Ministern einzuladen, um verschiedene Fragen zu besprechen. Es besteht keine Meinungsverschiedenheit über die Entlohnung, aber bei der Forderung der Entlohnung steht man auf der großen Schwierigkeit, daß vielleicht niemand in Deutschland Macht genug besitzt, um diesen Beschluß auszuführen. Was die Entschädigungsfrage angeht, so wünschen wir zu erfahren, welche Vorschläge Deutschland zu machen hat, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Wir wissen sehr gut, daß Deutschland bei seinem heutigen Zustande nicht bezahlen kann. Aber wir wünschen zu sehen, daß es seine Verpflichtungen anerkennt und darüber sinnig, wie es sie erfüllen kann. Sagen wir also einen deutschen Minister nach Spa mit dem einen oder anderen Vorschlag über die Summe, die Deutschland bezahlen kann und über die Art der Bezahlung, oder lassen wir ihn einen anderen Vorschlag über die Abtragung der Verpflichtungen Deutschlands machen. Lloyd George erwähnte dann die bekannten Beschüsse über Syrien, Mesopotamien und Palästina und bemerkte, wenn Amerika die Aufforderung des Obersten Rates auf Übernahme des Mandats über Armenien ablehnen soll, so solle Wilson ersucht werden, als Schlichter bei der Festlegung der armenischen Grenzen aufzutreten. Lloyd George fügte hinzu, Großbritannien mit seinen umfangreichen Verpflichtungen könne das Mandat ummöglich übernehmen. Ueber Rußland sagte Lloyd George, der Oberste Rat habe den Beschluß auf Entlohnung von Handelsbeziehungen und Gewährleistung aller möglichen Rechte in der Hand genommen. Die russische Handelsdelegation werde in England zugelassen werden mit Ausnahme Dittwinos, der seinerzeit seine Rechte als amtlicher Vertreter der Sowjetregierung mißbraucht habe. Lloyd George fuhr fort, die Konferenz habe die volle Harmonie über alle Fragen aufgebracht. Sie wird durch eine vollständige Einigkeit und dieselbe kameradschaftliche Geist gekennzeichnet, die bei der siegreichen Beendigung des Krieges bestand. Der Vorschlag, den Beginn der Konferenz begleitete, war nichts als das Gejammer enttäuschter Einzelgänger, die als das Gejammer enttäuschter Einzelgänger, für die in der inneren Politik Gelegenheit genug sei, die aber dabei, wie die letzten Wahlen gezeigt haben, wenig Schaden anrichten könnten, waren in diesem Falle darauf berechnet, zwischen uns und unseren Alliierten dieses Wort zu machen und sind dadurch zu einem Verbrechen geworden. Nach diesem Vorwort gegen seine Kritiker schloß Lloyd George seine Ausführungen mit den Worten: Die kriegenden Völker Europas können nur allmählich geheilt werden, und San Remo bedeutet ein Stadium des Heilungsprozesses.

Ueber die Ruhrfrage

Führte Lloyd George noch folgendes aus: Ueber die Frage der Wiedergutmachung, Entlohnung und Befriedigung der Alliierten keine Meinungsverschiedenheit, sondern nur über folgenden Punkt: In einem Teile Deutschlands waren Ruhestörungen ausgebrochen. Die Kommunisten waren Herren des großen Industriebezirks an der Ruhr geworden. Hätten sie ihre Macht befestigen können, würde diese Gefahr die Welt auch anders wohin übergeschlagen haben. Die Frage war deshalb, wer diese Gefahr unterdrücken sollte. Die Franzosen waren der Meinung, daß dies durch alliierte Truppen geschehen müsse. Alle anderen Alliierten gaben dafür, daß es den Deutschen überlassen bleiben müsse, die Ordnung in ihrem eigenen Lande selbst herzustellen. (Arbeiterparlamentarismus: Den deutschen Jüngern!) — Auf diesen Einwürfen

Wedgwoods erwiderte Lloyd George: Der ehrenwerte Abgeordnete erkennt eine undemokratische Regierung in Rußland an, aber er will eine demokratische Regierung in Deutschland nicht anerkennen. Eine gleiche Frage wie jetzt im Ruhrgebiet ist 1871 in Frankreich entstanden, als die Kommunisten Paris und andere französische Städte in den Händen hatten. Die Deutschen machten damals den Vorschlag, daß sie die Kommunisten unterdrücken wollten. Aber Thiers, ein sehr verständiger Franzose, war der Ansicht, daß die Kommunisten bei einer Unterdrückung durch die Deutschen nur populär würden. Deshalb bestand er darauf, daß die Franzosen allein die Ordnung im eigenen Lande wiederherstellen sollten. Wir waren der Ansicht, daß dieses Verfahren auch in Deutschland befolgt werden müsse. Wir hatten vorgeschlagen, Sicherheiten zu verlangen und wollten die Bedingungen aufstellen, daß, wenn ein bestimmter Zeitraum bei der Befriedigung überschritten würde, als Sicherheit einige deutsche Städte besetzt werden sollten. Ferner hatten wir vorgeschlagen, daß alliierte Verbindungsorgane die Truppenzahl im Ruhrgebiet überwachen sollten. Lloyd George fügte hinzu, einflußreiche französische Blätter und Persönlichkeiten hätten den Vorschlag erwidert, daß anexionistische Absichten vorhanden seien. Alle diese Mißverständnisse seien nun in San Remo gänzlich aus dem Wege geräumt worden.

Ansiedlungsbestreben mit Basilikum- und Eibardruppen.

(W) Der preussische Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Braun hat sich einem Mitarbeiter des Berliner Tageblattes gegenüber wie folgt geäußert: Nach mir zugegangenen Nachrichten befinden sich unter den im Münsterlager versammelten Basilikum- und Eibardruppen zahlreiche Männer, die des Berufslebens überdrüssig, sich nach friedlicher, wirtschaftlicher Betätigung auf eigener Scholle sehen, die sich in der früher in ihnen geweckten Hoffnung auf Umsiedlung bitter getäuscht haben. Ich habe daher den Gedanken aufgenommen, diese Männer Kulturbauern zu machen auf staatlichen Mooren und entbehrlich gewordenen Truppenübungsplätzen zuzuführen und ihnen die Aussicht auf Umsiedlung auf diesen noch immer in den Händen der Remontenverwaltung befindlichen, für Remontezwecke ebenfalls nicht mehr benötigten preussischen Staatsdomänen zu eröffnen. Vorbedingung für das Gelingen dieses Planes ist, daß die Reichsregierung aus Kriegesbeständen die noch erforderlichen Baracken und Geräte, sowie die Übungsplätze und Domänen, um deren Herausgabe zu intensiverer landwirtschaftlicher Nutzung ich mich bereits seit einem Jahre vergeblich bemüht habe, nunmehr sofort freigibt und das Unternehmen finanziell unterstützt. Preussisch-staatliche Moore- und Deiland steht zur Verfügung. Das ganze Unternehmen dürfte keinen militärischen Charakter tragen. Es dürfte die Leute nicht, wie es bisher mit den Basilikumtruppen in Bommern geschehen ist, unter Leitung ihrer Offiziere zum Teil bewaffnet, ihrem neuen Wirkungskreis zugeführt werden. Das Unternehmen müßte, sollen Entschädigungen ausbleiben, unter Leitung von Fachmännern gestellt werden, die in der Moor- und Deilandkultur sowie im Umsiedlungswesen Erfahrung haben, zudem müßte es in enger Verbindung mit der Landwirtschaftsverwaltung durchgeführt werden. Auch muß schnell und frei von allen Ressort- und instanzengemäßen Hemmnissen gearbeitet werden. Die Männer, die zu diesen Kulturbauern bereit sind, müssen aus ihren militärischen Verbänden vollständig ausgeschieden, der regierungseindlichen und verwerflichen Agitation der um ihre Offiziersbesoldung besorgten Offiziere entrückt und mit dem ernstlichen Streben erfüllt sein, sich durch friedliche, harte Arbeit eine dauerhafte wirtschaftliche Zukunftseinkunft auf eigener Scholle zu sichern. Nur wenn diese Vorbedingung erfüllt werden, kann das Werk gelingen.

Düsseldorf ernst gefährdet.

(TU) Die Lage in Düsseldorf hat sich weiter verschlechtert. Nach einer Meldung der Düsseldorfer Zeitung sind die Ruhe in der Stadt unhaltbar geworden. Die Ortswehr erklärte, daß sie sich nicht mehr für den Schutz von Leben und Eigentum der Bevölkerung verantwortlich fühlen könne. Die staatliche Sicherheitspolizei wird heute oder morgen in Düsseldorf eintreffen. In der Stadt haben in dieser Woche wieder kommunistische Versammlungen stattgefunden. Am Mittwoch fand eine große Streikdemonstration der Unzufriedenen und Kommunisten gegen die Verlegung der Sicherheitspolizei nach Düsseldorf statt. Nachdem erst am 1. März eine Verlegung der Polizei der hiesigen Arbeiter in Düsseldorf vorgenommen war, sind die Arbeiter an die Stadtverwaltung mit neuen Lohnforderungen herangetreten, welche am 1. Mai in Kraft treten sollen. Verlangt werden an Stundenlohn für geleistete Arbeiter 7 Mk., für ungelernete Arbeiter 6,50 Mk. gegen 6,50 Mk. Ferner wird die Erhöhung der Kinderzulage von 1 auf 2 Mk. pro Woche verlangt. Falls

die Stadt die Forderungen bewilligt, wird dies eine Mehransgabe von 28 Millionen Mk. jährlich bedeuten.

Zurückziehung der Zeitfreiwilligen.

Auf Anordnung der Reichsregierung sind sämtliche Zeitfreiwilligenorganisationen aus dem Industriegebiet zurückgezogen worden. Im Laufe dieser Woche haben die oben genannte Wehr in Münster, sowie die Studenten in Tübingen und München in Stärke von etwa 1000 Mann den Industriegebiet verlassen. Die Arbeiter sind entschlossen, eigene Fabrikschützen zu organisieren, um der neuerdings drohenden bolschewistischen Gefahr begegnen zu können.

Tagesereignisse.

Die Hauptwahlen zum Reichstag hat der Reichspräsident durch Verordnung vom 30. 4. auf den 6. 6. anberaumt. Gleichzeitig hat er auf Grund der Ermächtigung des Reichswahlgesetzes bestimmt, daß in ganz Ostpreußen, in ganz Ostpommern und in ganz Schleswig-Holstein, sowie in dem der Weimarer Republik unterliegenden Teile des Reiches Rastatt, die Wahlen aufgeschoben werden. Präsident Ebert begründet diese Verschiebung in einem längeren Aufsatze an die betr. Bezirke. Die Verschiebung des Wahltages für diese Bezirke bleibt vorbehalten. Die Wahlen in Ostpreußen und Ostpommern werden nach erfolgter Volksabstimmung, die Wahlen in Schleswig-Holstein erst dann stattfinden, wenn die Grenze gegen Dänemark feststeht. In den Reichsteilen, in denen die Wahlen aufgeschoben werden, haben alle Vorkehrungen zu unterbleiben. Das Reichsministerium des Innern wird sogleich bestimmen, wann diese Wahlvorbereitungen in Angriff genommen werden.

(Der neue Bischof von Paderborn.) Das hochwürdigste Domkapitel wählte gestern zum Bischof von Paderborn den Kapitularvikar Kaspar Klein. Derselbe steht im 55. Lebensjahre.

(Millionenspende des Papstes.) Wie die „Köln. Bzg.“ mitteilt, hat der Papst dem Kölner Erzbischof Dr. Josef Schulte eine Spende von 500 000 Lire (1246 114 Mark) für die notleidenden deutschen Kinder überwiesen.

(Die Aufhebung der Weisvorrechte.) In der Sitzung des preussischen Staatsministeriums wurde, wie die P. B. N. erfahren, ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Aufhebung der Hausvermögen angenommen. 1. a. werden folgende Rechte dadurch aufgehoben: Das Recht eigener Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit, das Recht, Adels- oder Auszeichnungen zu vergeben, die den Anschein staatlicher Titel oder Auszeichnungen zu erwecken geeignet sind, das Recht auf die Präbende königlicher Höflichkeit, Durchlaucht usw. und auf besondere Ehrungen, das Recht besonderer Vertretungen in Körperschaften des öffentlichen Rechts, Beschränkungen von öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und Abgaben, die Befreiung von Arrest und Verhaftung und sonstigen Beschränkungen der persönlichen Freiheit, das etwa noch bestehende Geschlechts- oder Vermögensverbot, sowie das Entmündigungsverbot und das besondere Recht der Eheverbindung. Die bezeichneten Familien und ihre Mitglieder werden dem allgemeinen Bürgerrecht unterstellt. Die in Preußen befindlichen Hausvermögen müssen zum 1. April 1923 von den beteiligten Familien aufgelöst werden. Ist die Auflösung bis zu dieser Frist nicht durchgeführt, so wird die Zwangsausschüttung durch das Staatsministerium vorgenommen. Als Name der bisherigen Adelsfamilien ist der Name zu führen, der sich bisher auch auf die nicht besonders bevorrechtigten Familienmitglieder erstreckte.

(Der Londoner Vertrag von 1913.) Laut Telegramm ist der Londoner Vertrag vom 20. 4. 1913, der zwischen England, Frankreich, Rußland und Italien geschlossen wurde, Donnerstag abend veröffentlicht worden. Der Vertrag besteht aus 16 Artikeln und einer Note. In den ersten Artikeln werden militärische und maritime Kriegsmittel festgelegt. Als Gegenleistung für den Eintritt in den Krieg, der binnen einem Monat nach Unterzeichnung zu erfolgen hatte, wird Italien bei Friedensschluß das Trentino, Südtirol, Triest, Fiume bis Quarnero (außer vorgelagerten Inseln), die Provinz Dalmatien, die volle Souveränität über Salona und die Insel Korfu mit umliegendem Gebiet zugesprochen. Die im Friedensvertrage von Lausanne der Türkei vorbehaltenen Rechte und Vorrechte in Syrien gehen ebenfalls auf Italien über. Ferner wird Italien einen Anteil an der eventuellen Kriegsentwädigung im Verhältnis zu dem ihm gebrauchten Opfer versprochen. Im Artikel 15 verpflichten sich die Alliierten, Italien bei einem eventuellen Widerspruch gegen einen Vorschlag auf Zulassung eines Vertreters des Heiligen Stuhles zu den Friedensverhandlungen oder zu Verhandlungen über den Krieg aufzufordern. (Krauthafer Andrang zur Fremdenlegion.) Zuverlässigen Berichten aus der Paiz

zufolge, hat sich der Zulauf zur französischen Fremdenlegion in den letzten Wochen erheblich gesteigert. Diese Tatsache ist zunächst auf die allgemeine Arbeitslosigkeit, dann aber auch auf die Trübsal der französischen Arbeiter zurückzuführen. Im März und April haben sich 3000 Mann zur Fremdenlegion gemeldet. Sie wurden nach Landau in ein besonderes Lager gebracht, von wo sie weitertransportiert wurden.

(Gemeine blockiert.) Die Interalliierte Kommission in Opatowitz hat die Hauptquartiere beauftragt, die Demarkationslinie zwischen Oberschlesien und dem übrigen Deutschland, die gegenwärtig auch von französischen Patrouillen scharf bewacht wird, mit polnischen und Grenzschutzern in Oberschlesien werden also gezwungen, die Abgrenzung vom Deutschen Reich selbst zu vollziehen.

(Gemeine blockiert.) Nach einem Telegramm des Corriere della Sera aus Triest ereignete sich in der Nacht vom 19. auf den 20. April zwischen dem General Casbignia und Vannuccio ein neuer Zwischenfall. Eine Abteilung von Gemeine besetzte 46 Pferde mit Beschlag, die den regulären Truppen des Generals Casbignia gehörten, welche die Demarkationslinie besetzt hatten. Der General forderte die Zurückführung der Pferde. Da der Forderung nicht entsprochen wurde, ordnete der General die Unterbrechung der Eisenbahnlinien an, so daß Gemeine zu Wasser und zu Lande blockiert ist.

(Nitti gegen den Friedensvertrag mit der Türkei.) Ministerpräsident Nitti erklärte dem Sonderkorrespondenten der Associated Press, daß die Friedensbedingungen für die Türkei zu einem Kriege in Kleinasien führen würden, zu welchem aber Italien keine Soldaten stellen werde. Der Vertrag sei weder für das türkische Volk noch für das Parlament annehmbar.

(Eine japanische Division vernichtet?) Nach einer Depesche des „Exchange Telegraph“ aus Tientsin soll eine japanische Division in Schichuan, und zwar in der Nähe von Chongchow vernichtet worden sein. Die Nachricht wurde von einer russischen Gesellschaft übermittelt, jedoch schweigen sich die wohlinformierten Kreise über diesen Vorgang aus.

(Der Oberpräsident von Bommern ist in der Angelegenheit der Verschaffung des Kindes des Majors Bischoff nach Berlin zum Vortrag gereist.) Im Siedtiner Volksparlament erklärte man nach wie vor, daß das Kind nicht verschafft sei, sondern von seiner Witwe mitgenommen wurde. Es sei aber zugegeben, daß es nach dem Aufenthalt des Vaters gefragt worden sei. Wie dem B. Z. mitgeteilt wird, ist das Kind, nachdem es in Siedtin im August-Prinzipal-Heim untergebracht worden war, nach Neerow bei Anklam zurückgebracht worden.

(Die Auflösung der Einwohnerwehr hat zu heftigen Konflikten innerhalb der einzelnen Ortsgruppen und Verbänden geführt. Es haben sich in Berlin und vorwiegend nach der Auflösung vieler Einwohnerwehreinheiten auf neuer Grundlage Vereinigungen gebildet, die auf dem Standpunkt stehen, daß sie die Waffen erst dann herausgeben, wenn es der Regierung gelungen ist, auch die radikalen Arbeiter zur Ablieferung der Waffen zu veranlassen.

(Das Urteil im Hüllerprozess.) In dem Prozess gegen den Oberleutnant Hüller hat das Gericht wegen Mißhandlung des Soldaten Heimhake mit Todesurteil auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und Dienstentlassung erkannt, wegen des Zutritts auf 4 Monate, wegen der Ohrfeige auf zwei Monate. Der Angeklagte wurde zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis und Entlassung verurteilt. In der Begründung heißt es: Die Strafe des Angeklagten sei erheblich höher, als eine barbare Strafe und erinnere an das Mittelalter. Ueber die Strafe hinaus hätte nicht das Mindeste geschehen dürfen, die nachträglichen Gesimpfungen hätten von großer Notheit gezeugt.

Kleine Nachrichten.

Der Galvanisierverband von Wallenstadt im Herzogtum Mecklenburg hat beschlossen, von August an dem Auslande in Anbetracht der hohen Salza einen Aufschlag von 200% auf die jeweiligen Preise zu erheben. In Brüssel haben Krawalle stattgefunden. 6000 Arbeitslose und demobilisierte Soldaten protestierten gegen die Forderung, daß die Streikenden Frauen als Schaffnerinnen verwendet werden.

Der Senat in Washington lehnte mit 33 gegen 23 Stimmen eine Bill ab, nach der Kanfente, die mit deutschen Waren handeln, gezwungen sein sollen, die Bezeichnung „Händler mit deutschen Waren“ auf ihrem Firmenschild zu führen.

In der Frage, wer nach Spa gehen soll, hat die deutsche Regierung bisher noch keine Entscheidung getroffen, doch besteht nach der B. Z. eine Tendenz dahin, mit einem möglichst kleinen Stab nach Spa zu gehen.

Der Unterstaatssekretär im preussischen Finanzministerium ist der Bürgermeister von Hannover, Dr. Weber, und zum Ministerialdirektor in demselben Ministerium der Vortragende Rat Dr. Baehem vom Reichswirtschaftsministerium ernannt worden.

Eine Massenversammlung des Bundes der Handwerker des Saargebietes hat sich einstimmig für Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland und für Schaffung eines Saargebietes ausgesprochen.

igt. Große Beherren
 zu dem Werke Aus
 die herrlichsten Ge
 den den ganzen Be
 suchte alle Stadien
 ist ganz Ma oft hindler
 Gewebe bliegen. Sie
 dafür, was zu ein
 dort gewiß sein. das
 in, sogenannte Schlar
 müssen gekauft. Denn
 einen vorzüglichsten Ge
 zu ihre Kleidung,
 apart wirkte.

